

HEUTE MIT
STELLEN-BUND

154. Jahrgang Nr. 62

Der Bund

UNABHÄNGIGE LIBERALE TAGESZEITUNG · GEGRÜNDET 1850

AZ 3000 Bern 1
Fr. 2.50 / € 1.75 (inkl. MWSt.)

Bubenbergplatz 8, 3001 Bern

Tel. 031 385 11 11/Fax 031 385 11 12

Internet: www.eBund.ch

Aboservice: Tel. 031 385 14 44/abo@derbund.ch

Inserate: Tel. 031 384 13 84/Fax 031 384 14 91

**SAMSTAGSINTERVIEW** Der Berner Geografieprofessor Bruno Messerli rund ums Uno-Jahr des Wassers. Seite 3**DEUTSCHLAND** Mit seinem gestern vorgestellten Reformprogramm schneidet Bundeskanzler Schröder Löcher ins bisherige soziale Netz. Seite 5**FILM** Auf Optimismus setzt das 17. Freiburger Filmfestival, das 87 Filme aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern zeigt. Seite 31

Stadt will mehr Wohnungsbau

AGGLOMERATION BERN In den letzten Jahren hatten die Stadt Bern und die grossen Zentrums-gemeinden buchstäblich das Nachsehen. Am Rand der Agglomeration wurde gebaut, was das Zeug hält. Allein in Münchenbuchsee entstanden fünf Überbauungen mit über 300 Wohnungen. Diese Bautätigkeit schlug voll auf das Wachstum der Gemeinde durch (plus zehn Prozent).

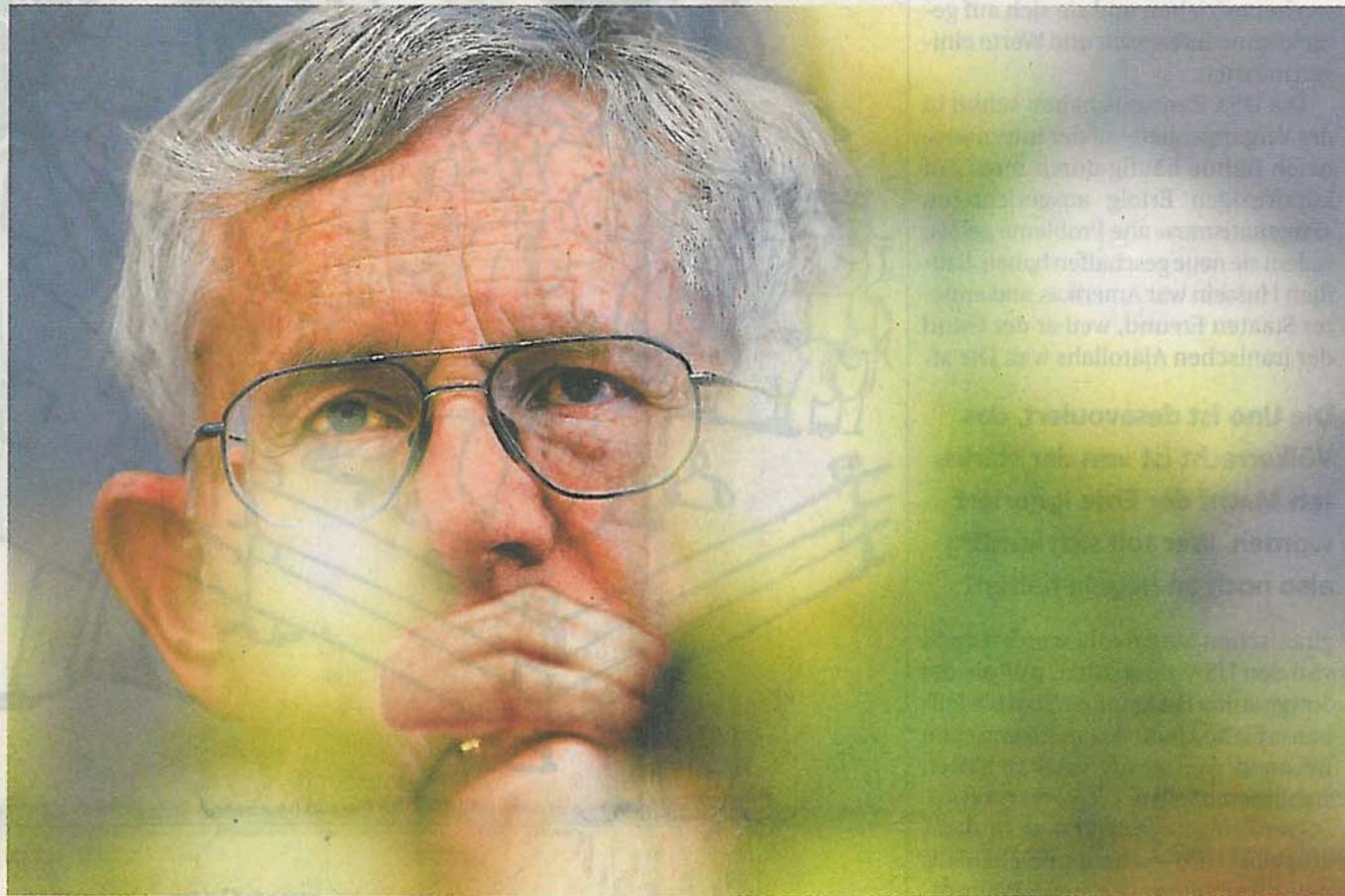
Das Haus im Grünen lockte Tausende aus Bern, Ittigen, Bolligen und Ostermundigen aufs Land hinaus. Wollte die Stadt nicht ausbluten, müsse sie diesem Lockruf ihre Stärken entgegensetzen, sagte gestern Gemeinderat Alexander Tschäppät – und spielte gleichzeitig einen Trumpf aus: Im Schönberg Ost sollen in den nächsten Jahren auf einem Grundstück der Burger 500 Wohnungen für gehobene Ansprüche entstehen.

Für Tschäppät steht fest, dass eine urbane Überbauung mit einem gut gestalteten Umfeld und mit optimalen Verkehrsverbindungen entscheidende Vorteile gegenüber Baufeldern in der Agglomeration aufweist. In ein paar Jahren werde die Qualität des Stadtraums und der Architektur entscheiden, welche Überbauungen vom Markt angenommen werden und welche nicht, sagte er. Schönberg Ost werde «ganz bestimmt» auf der Nachfrageseite stehen, während es für gewisse Überbauungen in der Agglomeration schwierig werden dürfte. (db)

Seite 13

Sparpaket aufgestockt

Bundesrat geht von 2 auf 3,5 Milliarden jährlich – Erbschaftssteuer wird geprüft



Kaspar Villiger sagt es durch die Blumen: Neue Steuern sind auch für den Finanzminister kein Tabu mehr.

KEYSTONE

Weil die Bundeseinnahmen auf absehbare Zeit um 5 Milliarden Franken jährlich unter den Planannahmen liegen, und weil das Parlament dabei ist, dem Bund

zugeleitet. Wo zusätzlich gespart wird, sagte Villiger nur wolkig. Er will «derselben Logik» folgen, «zusätzliche Sparfelder» betreten, «die Kantone verschonen» und ein

keiten nannte Villiger eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer des Bundes. Er hat den Auftrag, eine Erb-

werden. Man habe bei der Einführung der Schuldenbremse den «wichtigen Faktor unterschätzt», dass der Bundeshaushalt nicht ausgeglichen, sondern defizitär sei

KOMMENTAR

Im Schlingern

JOHANN AESCHLIMANN

Wer die Warnungen vor Schulden und Defizit ernst nimmt, den beschlich gestern im Bundeshaus die üble Ahnung: Wird die Schweiz regiert wie die Swissair? Ein souveräner Auftritt war es jedenfalls nicht, was Kaspar Villiger (der Mann, der aus Lust an der Verantwortung noch ein Bundesratsjahr anhängte) vorgeführt hat. Aber wer hat in diesen Zeiten souveräne Auftritte, wo es um Wirtschaft und Finanzen geht?

Von der «dreistufigen Rakete», die zur Meisterung der Bundes-Finanzkrise gezündet werden sollte, ist nichts mehr übrig. Schon brennt die dritte Stufe – Steuererhöhungen –, und das Problem ist bei weitem nicht gelöst. Selbst wenn alle Bundesratswünsche in Erfüllung gehen, steht im Finanzplan immer noch ein «verbleibender Korrekturbedarf» von 1,6 bis 2,5 Milliarden Franken jährlich. So viel wiegt die Hoffnung, es möge in der zweiten Hälfte dieses gräulichen Jahrzehnts doch noch ein «Aufschwung» kommen.

Man muss nicht über-schiessen», sagen Villiger und seine Finanzer, und man wolle die Konjunktur nicht «prozyklisch» abwürgen. Also wird das Korsett der Schuldenbremse aufgeknöpft. Das gibt Raum für politische Entscheide.

Um zu entscheiden braucht

Wohnen mit Blick auf die Alpen

Im Osten der **Stadt Bern** soll ein neues Stadtquartier entstehen

Auf dem Areal Schönberg Ost will die Burgergemeinde Bern 500 Wohnungen bauen lassen. Geplant sind Wohnungen für gehobenere Ansprüche. Die ersten sollen im Jahr 2006 bezugsbereit sein.

DÖLF BARBEN

In den letzten 10 bis 15 Jahren sei in Bern zu wenig getan worden für den Bau von Familienwohnungen und von Wohnungen für gehobenere Ansprüche. Dies sagte Gemeinderat Alexander Tschäppät gestern vor den Medien. In der Tat weist Bern Rückstände auf (siehe Artikel unten). Nun aber sei die Stadt «mit Hochdruck daran, die Aufgaben zu machen». Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Tschäppät gestern von einer «ganz besonderen Freude» erfüllt war. Zusammen mit der Burgergemeinde Bern, der Landeigentümerin, informierte er über die 500 Wohnungen und rund 500 Arbeitsplätze, die im «Schönberg Ost» zwischen Bitzius-Schulhaus und Autobahn A6 in den nächsten Jahren entstehen sollen. Das Areal ist kurz- bis mittelfristig überbaubar. Nur in der südwestlichen Ecke stehen ein Bürohaus sowie Bauten der Gärtnereien Florama und Bächler + Güttinger. Das Baurecht für diese Nutzungen läuft Ende

2009 ab. Auf dem übrigen Areal sollte vorher gebaut werden können, so dass die ersten Wohnungen 2006 bezugsbereit wären. Dieser Zeitplan sei «sportlich», hiess es. Investoren zu finden dürfte aber kein grosses Problem darstellen. Burgergemeindepräsident Kurt Hauri sagte, unerschwerlich sei für diesen Standort heute schon ein grosses Interesse auszumachen.

Zuerst ein Masterplan

Präsentiert wurden nicht fertige Pläne, sondern ein Masterplan. Dieser gibt die städtebauliche Grundstruktur vor und besagt etwa, dass bei der Autobahn ein Längsbau als Lärmriegel zu bauen ist. Vorgegeben wird auch eine Ringstrasse um die «einzigartige Hügelkuppe» (Stadtplaner Jürg Sulzer) herum, damit diese auch künftig zur Geltung kommt.

Bei der Detailgestaltung der Häuser bleiben die Architekten ziemlich frei. Sie haben sich lediglich an gewisse Spielregeln zu halten: So sind die Fassaden in hellen Tönen zu verputzen. Und in den Innenhöfen müssen Bäume gepflanzt werden, damit das Bild einer Gartenstadt entsteht.

Im Schönberg Ost sollen gehobenere Ansprüche befriedigt werden (Mietzinse weit über 2000 Franken). Die Stadt hofft auf gute Steuerzahler. Ein Teil der Wohnungen, vor allem jene auf dem Hügel, sollen gekauft werden können.



Schöner Wohnen an einem «einzigartigen» Hügel vis à vis des Bitzius-Schulhauses. ADRIAN MOSER

«Es ist 5 vor 12»

IRAK-KONFLIKT Regenbogenfarbige «Peace»-Transparente neben rot-weissen Gewerkschaftsflaggen dominierten gestern die Grossbaustelle am Nordring 6 in Bern: Exakt um 5 vor 12 Uhr legten dort alle 22 Bauarbeiter die Arbeit nieder und standen stumm im Halbkreis. Sie folgten damit dem weltweiten Aufruf der Gewerkschaften, auf diese Weise gegen den drohenden Krieg in Irak zu protestieren.

«Krieg ist eine Katastrophe», sagt Mario Murarotto, Bauarbeiter. Er Sorge sich vor allem um die vielen Menschen, die unschuldig sterben könnten. Erst in zweiter Linie denke er an die Folgen eines Krieges auf das Baugewerbe. Am Schluss seien es wieder die Arbeitnehmer, die den Preis für den Krieg bezahlen müssten – mit Sozialabbau, weniger Lohn und höherer Arbeitslosigkeit, sagte er.

Roland Sidler von der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) rechnet bei Ausbruch des Krieges mit einem erneuten Einbruch der Investitionen im Baugewerbe. Sidler rief die Bauarbeiter dazu auf, bei einem allfälligen Kriegsbeginn an den geplanten Kundgebungen in der Stadt Bern teilzunehmen.

Auch in Zürich, Chur, Lausanne, Genf, Freiburg, La Chaux-de-Fonds und Lugano haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Baustellen, in Industriebetrieben und den Verwaltungen die Arbeit für fünf Minuten unterbrochen. In Zürich fand am frühen Abend, organisiert vom Antikriegs Komitee Zürich und rund 25 weiteren Organisationen, eine Kundgebung unter dem Motto «Nein zum Krieg in Irak – kein Blut für Öl» statt. Es nahmen rund 5000 Personen teil.

Menschen, die unter einer Diktatur litten, sei nicht mit Bomben zu helfen, hielt der Schweizerische Gewerkschaftsbund gestern in einer Mitteilung fest. Willkürliches, rücksichtsloses und imperialistisches Handeln einer Supermacht widerspreche zudem jeglicher gerechten Weltordnung. Neben einer menschlichen Katastrophe drohe in Irak aber auch ein ökologisches und ökonomisches Desaster. (ham/age)